

Motion Fraktion GB/JA! (Nora Joos, JA!/Mirjam Arn, GB): Vorfrankierte Wahl- & Abstimmungscouverts

Die Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen soll für alle Stimmbürger*innen möglichst einfach sein. Es gilt, so gut es geht, alle Hürden zu beseitigen. Dazu soll im Zeitalter der brieflichen Abstimmung in der Stadt Bern eine kostenlose Rücksendung der Abstimmungs- und Wahlcouverts möglich gemacht werden. In der Stadt Bern wählen und stimmen über 92% der Wählenden brieflich ab, nur knapp 8% gehen an die Urne. Die briefliche Stimmabgabe ist also ganz offensichtlich die bevorzugte Wahlweise der Berner*innen.¹

Aktuell übernimmt in zehn Kantonen die öffentliche Hand die Kosten für die Rücksendung, in sieben Kantonen verpflichten die Kantone ihre Stimmbürger*innen das Couvert selbst zu frankieren. In den restlichen Kantonen, zu welchen auch der Kanton Bern gehört, wird der Entscheid das Couvert vorzufrankieren den Gemeinden überlassen. Viele Gemeinden gehen als gutes Beispiel voran, beispielsweise kann in der Stadt Luzern seit diesem Jahr portofrei brieflich abgestimmt und gewählt werden. Auch die Gemeinde Herisau (AR) verschickt seit dem Herbst 2022 vorfrankierte Wahl- und Abstimmungscouverts.

In einer Studie der Universität Freiburg hat sich durch die Einführung von vorfrankierten Couverts die Stimmbeteiligung statistisch signifikant um 1.8 Prozentpunkte erhöht.² Dabei stelle weniger der Preis einer einzelnen Briefmarke eine Hürde dar, sondern mehr der Zusatzaufwand, eine Briefmarke besorgen zu müssen.^{1,3} Dieser Effekt bestehe insbesondere in grossen Gemeinden, wo sich der Weg zur Urne oder zum Abstimmungsbriefkasten aufwändiger gestalten als in kleineren Gemeinden. Bei 84'600 Stimmberechtigten in der Gemeinde Bern und 4 Zustellungen pro Jahr würde das Vorfrankieren der Antwortumschläge à je 55 Rappen zu Kosten von etwa 186'000 Franken pro Kalenderjahr führen. Dieser Betrag käme der gesamten Bevölkerung gleichermassen zugute und wäre in Anbetracht des Beitrags zur politischen Mitsprache bescheiden und gerechtfertigt.

Das Argument, die briefliche Abstimmung weiche sowieso bald dem E-Voting, ist aktuell als sekundär zu bewerten. E-Voting steckt momentan noch in den Kinderschuhen und wird auch in den nächsten Jahren wahrscheinlich noch nicht flächendeckend für alle Stimmberechtigten in der Schweiz eingeführt werden können. Aktuell können erst wenige im Ausland lebende Personen, welche in bestimmten Kantonen stimmberechtigt sind, elektronisch abstimmen. Dies wird sich wohl auch in den kommenden Jahren nicht abrupt ändern. Die briefliche Stimmabgabe wird somit auch zukünftig nicht an Bedeutung verlieren.

Jedes Wahlwochenende kommen mehr als hundert Briefe zu spät an, was mit vorfrankierten Couverts möglicherweise verhindert werden könnte. Nicht zu vergessen ist auch, dass die Wahlbeteiligung mit steigendem steuerbarem Einkommen sowie mit steigendem steuerbarem Vermögen zunimmt.¹ Personen mit weniger Vermögen und Einkommen sind an Wahlen und Abstimmungen deutlich weniger aktiv beteiligt und sollen im politischen Prozess nicht benachteiligt sein. Eine Vereinfachung der brieflichen Abstimmung kann die Partizipation erhöhen und so die Demokratie stärken.

Deshalb fordern wir den Gemeinderat auf, mit der Einführung von vorfrankierten Abstimmungs- und Wahlcouverts in der Gemeinde Bern die Teilnahme am demokratischen Prozess zu erleichtern.

¹ file:///C:/Users/UAC272/Downloads/2021_09_02_Gemeindewahlen_2020_B.pdf

² <https://www.srf.ch/news/schweiz/abstimmungen-und-wahlen-bei-den-portokosten-herrscht-ein-kantonaler-flickenteppich>

³ https://www.swissinfo.ch/ger/direktedemokratie/abstimmen-per-post_eine-briefmarke-macht-den-unterschied/43554882

Bern, 18. Januar 2024

Erstunterzeichnende: Nora Joos, Mirjam Arn

Mitunterzeichnende: Ursina Anderegg, Katharina Gallizzi, Anna Leissing, Esther Meier, Lea Bill, Sarah Rubin, Mahir Sancar, Seraphine Iseli, Franziska Geiser, Anna Jegher

Antwort des Gemeinderats

Im Kanton Bern ist es den Gemeinden überlassen, ob sie die Antwortcouverts bei Abstimmungen und Wahlen vorfrankieren (vgl. Art. 3 Abs. 2 Bst. d der Verordnung vom 4. September 2013 über die politischen Rechte [PRV; BSG 141.112]). Im Rahmen von Sparmassnahmen hat die Stadt Bern Mitte der 1990er-Jahre beschlossen, auf eine Vorfrankierung der Abstimmungs- und Wahlcouverts zu verzichten.

Seither wurden im Stadtrat verschiedene Versuche unternommen, die Vorfrankierung wieder einzuführen: Im Jahr 2010 nahm der Stadtrat ein entsprechendes Postulat (Postulat Fraktion SP/JUSO [Tanja Walliser, JUSO]: Teilnahme an der Demokratie darf nichts kosten – Rückfrankierung von Wahl- und Abstimmungscouverts) an (38 Ja, 19 Nein, 1 Enthaltung). Eine Motion (Motion Fraktion SP [Michael Sutter/Lena Sorg]: Die Ausübung der politischen Rechte muss kostenlos sein!) wurde im Jahr 2017 nur knapp abgelehnt (28 Ja, 29 Nein, 5 Enthaltungen). Nun fordert die Motion GB/JA! (Nora Joos, JA!/Mirjam Arn, GB) die Vorfrankatur von Abstimmungs- und Wahlcouverts.

Anders als in früheren Jahren und trotz angespannter Finanzlage kann sich der Gemeinderat heute vorstellen, eine Vorfrankatur wieder einzuführen. Der Gemeinderat unterstützt das Anliegen, die Stimmabgabe möglichst einfach und niederschwellig zu gestalten. Auch hat der Gemeinderat Kenntnis von der Studie der Universität Freiburg, wonach sich durch eine Vorfrankatur die Stimmbeteiligung leicht erhöht. Eine Studie⁴ der Universität Zürich geht ebenfalls – insbesondere in grösseren Gemeinden – von einem positiven Einfluss der Vorfrankierung auf die Stimmbeteiligung aus. Aus demokratiepolitischen Überlegungen muss eine möglichst hohe Stimmbeteiligung stets das Ziel sein.

Im Weiteren ist eine Vorfrankatur zielführender als die Bereitstellung von weiteren städtischen Abstimmungsbriefkästen, wie dies die erheblich erklärte Motion Freie Fraktion AL/GPB-DA/PdA (Daniel Egloff, PdA/Christa Ammann, AL) verlangt. Es ist davon auszugehen, dass der Weg zu einem Briefkasten der Post für die meisten Stimmberechtigten kürzer ist als der Weg zu einem (zusätzlichen) Gemeindebriefkasten. Hinzu kommt, dass die Bereitstellung zusätzlicher städtischer Abstimmungsbriefkästen mit einem erheblichen zusätzlichen Verwaltungsaufwand sowie mit Investitions-, Wartungs- und Personalkosten verbunden wäre. Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass es sinnvoller ist, diese Mittel für die Finanzierung einer Vorfrankatur einzusetzen.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Führt die Stadt Bern eine Vorfrankatur der Abstimmungs- und Wahlcouverts ein, führt dies zu jährlichen Mehrkosten, die sich zwischen Fr. 150 000.00 bis Fr. 230 000.00 Franken bewegen dürften.

Die Höhe der jährlichen Kosten hängt ab von der Stimmbeteiligung (nur retournierte Antwortcouverts werden von der Post in Rechnung gestellt), der Anzahl Abstimmungs- und Wahltermine sowie von der gewählten Vorfrankatur (A-Post oder B-Post) und allfälliger zusätzlicher Dienstleistungen der Post (z.B. Vorsortierung nach Stadtteil/Zählkreis).

⁴ Jenny Yin, Thomas Willi und Lucas Leemann (2021). Prepaid postage using pre-stamped envelopes to affect turnout costs. Electoral Studies 74.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion erheblich zu erklären.

Bern, 26. Juni 2024

Der Gemeinderat